

nete *Ernst Lemmer* seinem altem Studienfreund *Gustav Heinemann* bei der Wahl zum Bundespräsidenten die Stimme gab.

Sicher ist auch *Jörg Treffke* nicht anzulasten, dass der Verlag das Buch als „die spannende politische Biographie Gustav Heinemanns“ anpreist. Einen solchen Anspruch weist der Autor in der Einleitung eindeutig zurück. Zutreffender ist hingegen der Untertitel „Wanderer zwischen den Parteien“. *Treffke* zeichnet den Weg *Heinemanns* durch fünf Parteien in ausführlicher und lesenswerter Form nach. Damit hat er einen wichtigen Beitrag zu dessen Biographie geleistet, an der die künftige Forschung über *Heinemann* nicht vorbeikommen wird.

Andreas Grau

Neue Erkenntnisse der Wahlforschung zum Niedergang des katholischen Milieus

Wackers, Frank: Ländlich-katholisch. Gesellschaftliche und politische Veränderungsprozesse, Butzon & Bercker, Kevelaer 2008, 160 Seiten, € 8,90.

Das Emsland, das Münsterland oder das ländliche Bayern gelten in der öffentlichen Wahrnehmung als Hochburgen der CDU/CSU, als Gebiete, in denen aus Tradition „schwarz“ gewählt wird. *Frank Wackers* stellt dieses Stereotyp auf den Prüfstand. Danach sind solche Regionen gegenwärtig nicht mehr ohne Einschränkungen als Unionshochburgen zu bezeichnen. Vergleichbar der Situation in den sozialdemokratisch dominierten Großstädten habe im ländlich-katholischen Raum, von der Wahl- und Parteienforschung weitgehend unregistriert, das Abschleifen der Hochburgen auch die Unionsparteien erfasst. *Wackers* macht hier eine Forschungslücke aus, die er mit der vorliegenden Studie in der Tradition soziologischer Erklärungsansätze in Angriff nimmt.

Er eröffnet mit einem knappen Theorieteil, der sich vor allem an der Cleavage- und Milieutheorie der Wahlforschung orientiert. Es folgt ein deskriptiver Teil, der die Veränderungen des Wahlverhaltens in ländlich-katholischen Regionen Bundesland für Bundesland durchmustert und dann die langfristigen Trends vergleichend aufzeigt. Daran schließt sich ein drittes Kapitel an, das verschiedene Erklärungsfaktoren für das beobachtbare Abschleifen dieser Unionshochburgen erörtert. Die Arbeit endet mit einem knappen Ausblick.

Im Zentrum der Untersuchung steht die Entwicklung der Wahlergebnisse in 69 ländlich-katholischen Kreisen zwischen 1949 und 2005. *Wackers* bestimmt seine Untersuchungsregionen anhand statistischer Schwellenwerte. Als ländlich-katholisch werden auf der Grundlage der letzten verfügbaren Volkszählung von 1987 jene Kreise definiert, auf die drei Merkmale zutreffen: Sie haben einen Katholikenanteil von mehr als 70 Prozent bei einer Einwohnerdichte unter 246 Einwohnern/km² und einen Anteil von mehr als 3,2 Prozent in der Landwirtschaft Erwerbstätiger. Im Kartenbild (S. 32 f.) befinden sich diese Kreise mit Ausnahme des thüringischen Eichsfelds alle im Süden und Westen Deutschlands, wobei das Schwergewicht auf Bayern liegt (45 der 69 Kreise).

Wackers wählt einen historischen Weg über die Sozial- und Wahlgeschichte des Katholizismus, um verständlich zu machen, warum die untersuchten Kreise in der Bundesrepublik zu den Hochburgen, das heißt hier zu jenen 15 Prozent der Kreise mit den höchsten Stimmenanteilen der Unionsparteien gehören. Im deskriptiven Teil ist neben der Sichtung der

Wahlergebnisse und Kenndaten zum religiösen und sozio-ökonomischen Strukturwandel die Schilderung der regionalen, weithin konfessionell bedingten unterschiedlichen politischen Traditionen erhellend. Der Wert dieser historischen Auskünfte zeigt sich im Ergebnis der regional vergleichenden Auswertung. *Wackers* stellt zunächst fest, dass für die Unionshochburgen in ländlich-katholischen Gebieten allgemein drei Entwicklungsphasen ausgemacht werden können: die Entstehung der Unionshochburgen (gegen regionale Konkurrenz durch Zentrum und Bayernpartei) bis 1957, deren Konsolidierung auf hohem Niveau (bei ersten Gewinnen der SPD) bis 1976 und das dann einsetzende „allmähliche Abschmelzen der Hochburgen der Unionsparteien mit Ausnahme Bayerns“ (S. 75, vgl. S. 83). Obwohl die Verluste der Union in ihren Hochburgen im Vergleich zum Bundestrend überdurchschnittlich ausgefallen sind, erzielen CDU und CSU in diesen ländlich-katholischen Kreisen doch weiterhin überdurchschnittliche Ergebnisse.

Im Einzelnen zeigen sich drei Typen (nicht „Typologien“, so S. 77, 84) ländlich-katholischer Regionen. In katholisch-ländlichen Regionen, die wie im Südwesten in einem dominant evangelischen Umfeld liegen, erweist sich der Gegensatz als stabilisierend für Kirche und Union („Kulturkampf mit dem Stimmzettel und ohne Gegner“). Im Falle eines katholischen Umfelds, wie es in Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz gegeben ist, wirkt die Auflösung des katholischen Milieus und die wirtschaftliche und sozialstrukturelle Modernisierung der städtischen Gebiete auf die ländlich-katholischen Kreise zurück und führt dort zu besonders starken Stimmenverlusten. Der gewichtige dritte Fall ist Bayern, wo in einem hegemonialen katholischen Umfeld ein landespolitisches Sonderbewusstsein ein Äquivalent zur sich auflösenden katholischen Kirchlichkeit darstellt, das die Dominanz der CSU sichert – bislang, möchte man angesichts der jüngsten Entwicklungen hinzufügen. Für die Zukunft sieht *Wackers* eine anhaltende Dominanz der Union in ländlich-katholischen Regionen keineswegs grundsätzlich bedroht, aber eben doch als gefährdet an, wenn es nicht gelinge, auf die Veränderungen im Katholizismus wie in der Gesellschaftsstruktur parteipolitisch zu reagieren.

Die deskriptiven Ergebnisse sind plausibel und gut begründet. Allerdings erfährt man in der Darstellung so gut wie nichts von den erheblichen methodischen Schwierigkeiten, die mit der Untersuchung und dem Versuch der Erklärung regionalen Wahlverhaltens verbunden sind. Zentrales Problem ist nach wie vor die Datenlage. Da Individualdaten für kleinräumige Einheiten meist nicht vorliegen, benötigt man für Erklärungsversuche einen konsistenten Aggregatdatensatz, der sowohl die Wahlergebnisse als auch die unabhängigen Variablen für stabile Gebietseinheiten und für alle Messzeitpunkte enthält. Während *Wackers* recht dichte Datenreihen zu regionalen Wahlergebnissen vorlegt, sucht man einen konsistenten Datensatz mit erklärenden Variablen auch bei ihm vergebens. Folglich war er gezwungen, im dritten Kapitel auf die Darlegung von plausiblen Zusammenhängen und Vermutungen auszuweichen, um die gezeigte Tendenz der sich abschleifenden Hochburgen zu erklären. Damit entgeht er zwar der statistischen Falle des „ökologischen Fehlschlusses“, verliert aber das Ziel der Erklärung des Wahlverhaltens in den ländlich-katholischen Regionen zunehmend aus den Augen. Die angeführten Ursachen werden der – nicht immer aktuellen – Literatur entnommen und lassen sich fast ausnahmslos auf das Wahlverhalten (der Katholiken) allgemein anwenden. Als Ursachen für den Rückgang der Wählerstimmen für die Union hebt der Autor neben zahlreichen anderen Faktoren insbesondere die Auflösung der engen Kirchenbindung der (ländlichen) katholischen Bevölkerung und dann im Gefolge auch der Strukturen des katholischen Milieus hervor.

Das Verdienst der Arbeit besteht vor allem darin, dass sie den Kenntnisstand der Wahlforschung in einem für das Wahlverhalten in der Bundesrepublik wesentlichen Teil erheblich erweitert. Einer breiteren Leserschaft dürfte das Buch in seiner sprachlich eingängigen Art zudem die große Zahl der möglichen Faktoren nahe bringen, die zum Abschmelzen ländlich-katholischer Hochburgen beigetragen haben. Die politikwissenschaftliche Wahlforschung wird sich gleichwohl mit den Schwächen der Ursachenanalyse nicht zufrieden geben können. *Wackers'* Arbeit ist somit ohne Zweifel ein wichtiger Anstoß, sich der generellen Frage nach dem Verhältnis von älteren, meist regional verankerten sozialstrukturellen beziehungsweise religiös-kulturellen Bindungen einerseits und den zunehmend volatilen Wahlentscheidungen der Individuen andererseits zu stellen. Den langen Schatten des katholischen Milieus und die anhaltende Bedeutung konfessioneller und religiöser Unterschiede für das gegenwärtige Wahlverhalten in Deutschland kann und wird man dabei nicht übersehen.

Antonius Liedhegener

Ländervergleichende Studie zu Auswirkungen des Nichtwählens auf Demokratien

de Nève, Dorothee: NichtwählerInnen – eine Gefahr für die Demokratie?, Verlag Barbara Budrich, Opladen / Farmington Hills 2008, 238 Seiten, € 24,90.

Wahlen sind ein zentraler Bestandteil politischer Repräsentation. Wer wählen geht, ist politisch aktiv. Doch gilt auch der Umkehrschluss? Und welche potentiellen Auswirkungen hat das Nichtwählen auf die „Qualität der Demokratie“ (S. 15)? *Dorothee de Nève* beschäftigt sich aus Perspektive der Nichtwählerforschung sekundäranalytisch mit einer Thematik, die für einen über das politikwissenschaftliche Fachpublikum hinausgehenden Leserkreis von Interesse sein dürfte, denn die Wahlbeteiligung scheint in den vergangenen Jahrzehnten in den meisten westlichen Demokratien stetig und irreversibel zu sinken. Welchen Standpunkt die Autorin gegenüber ihrem Forschungsthema einnimmt, wird sichtbar, wenn sie zu Beginn der Ausführungen die Entscheidung, nicht wählen zu gehen, als „Resignation an der Wahlurne“ (S. 18) bewertet. Aus Sicht der „Theorie der liberalen Demokratie“ (S. 51), auf die sich *de Nève* beruft, kann die Nichtbeteiligung an Wahlen jedoch durchaus auch als positiv, zumindest aber als funktionell vereinbar mit einer demokratischen Herrschaftsstruktur interpretiert werden.

Vor die Diskussion verschiedener Nichtwählertypologisierungen (S. 31 – 37) stellt *de Nève* die Unterscheidung zwischen systematischer Exklusion aufgrund wahlrechtlicher Regelungen, struktureller Exklusion im Zusammenhang mit „informelle(n) Exklusionsbeziehungsweise Diskriminierungsmechanismen“, individuell motiviertem Wahlverzicht und unechter Nichtwahlteilnahme durch „technische Pannen der Wahladministration“ (S. 29 – 31). Leider folgt die Autorin dieser theoretisch zwar einleuchtenden, in der Praxis aber wohl nur schwerlich überprüfbaren Typologisierung zwischen einer strukturellen Exklusion bei Wahlen, zum Beispiel von ethnischen Minderheiten, und eines individuellen Wahlverzichts in ihren weiteren Ausführungen nicht systematisch und stringent genug (zum Beispiel S. 71, 81, 140, 201 f.), obwohl gerade dieser Aspekt für die Nichtwählerforschung von zentralem Interesse sein dürfte. Es folgt ein longitudinaler Vergleich von Wahlbeteili-